

Gesetzesentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 6. März 2002 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mosambik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

A. Problem und Ziel

Verstärkung der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen durch Förderung und gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen.

B. Lösung

Völkerrechtliche Absicherung von Direktinvestitionen, insbesondere durch Gewährleistung des freien Transfers von Kapital und Erträgen, Vereinbarung von Inländerbehandlung und Meistbegünstigung, Eigentumsschutz und Entschädigungspflicht im Falle von Enteignungen sowie Rechtsweggarantie und internationaler Schiedsgerichtsbarkeit.

C. Alternativen

Keine

D. Finanzielle Auswirkungen

1. Haushaltsausgaben ohne Vollzugsaufwand

Keine

2. Vollzugsaufwand

Kein Vollzugsaufwand

E. Sonstige Kosten

Kosten für die Wirtschaft und für soziale Sicherungssysteme entstehen nicht. Ebenso ergeben sich keine Auswirkungen auf Einzelpreise und Preisniveau.

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
DER BUNDESKANZLER

Berlin, den 27. Oktober 2003

An den
Präsidenten des
Deutschen Bundestages
Herrn Wolfgang Thierse
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Sehr geehrter Herr Präsident.

hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag vom 6. März 2002 zwischen
der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mosambik über die
Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlussfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend sind das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit und das
Auswärtige Amt.

Der Bundesrat hat in seiner 792. Sitzung am 17. Oktober 2003 gemäß Artikel 76
Absatz 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine
Einwendungen zu erheben.

Mit freundlichen Grüßen



Entwurf

**Gesetz
zu dem Vertrag vom 6. März 2002
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mosambik
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Maputo am 6. März 2002 unterzeichneten Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mosambik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen wird zugestimmt. Der Vertrag wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf den Vertrag findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da er sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das im Vertrag vereinbarte Diskriminierungsverbot sich auch auf Steuern bezieht, deren Aufkommen den Ländern oder den Gemeinden ganz oder zum Teil zufließt.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem der Vertrag nach seinem Artikel 14 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Bund, Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung des Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Auswirkungen auf die Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da es sich um einen Rechtsrahmen handelt, der über den in der Bundesrepublik Deutschland ohnehin bestehenden Rechtsschutz nicht hinausgeht.

Kosten bei Wirtschaftsunternehmen, insbesondere bei mittelständischen Unternehmen, entstehen durch die Ausführung des Gesetzes nicht, da es ausschließlich einen erweiterten völkerrechtlichen Rechtsschutz für Investitionen in Mosambik schafft.

Vertrag
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mosambik
über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen

Acordo
entre a República Federal da Alemanha e a República de Moçambique
sobre Promoção e Protecção Recíproca de Investimentos

Die Bundesrepublik Deutschland
und
die Republik Mosambik –

A República Federal da Alemanha
e
A República de Moçambique

in dem Wunsch, die Beziehungen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten zu vertiefen,

in dem Bestreben, günstige Bedingungen für die Vornahme von Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer der beiden Staaten im Hoheitsgebiet des anderen Staates zu schaffen,

in der Erkenntnis, dass eine Förderung und ein gegenseitiger vertraglicher Schutz dieser Kapitalanlagen geeignet sind, die private wirtschaftliche Initiative zu beleben und den Wohlstand beider Völker zu mehren –

sind als Vertragsparteien wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Für die Zwecke dieses Vertrags

1. umfasst der Begriff „Kapitalanlagen“ Vermögenswerte jeder Art, die von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer der Vertragsparteien im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eingebracht und vorgenommen werden, insbesondere
 - a) Eigentum an beweglichen und unbeweglichen Sachen sowie sonstige dingliche Rechte wie Hypotheken und Pfandrechte;
 - b) Beteiligungen an Gesellschaften, insbesondere Anteilsrechte und Aktien;
 - c) Darlehen und andere Arten der Verwendung von Kapital oder Ansprüche auf Leistungen, die einen wirtschaftlichen Wert haben;
 - d) Rechte des geistigen Eigentums, wie insbesondere Urheberrechte, Patente, Gebrauchsmuster, Marken, gewerbliche Muster und Modelle, eingetragene Handelsnamen, Know-how und Goodwill;
 - e) Konzessionen einschließlich Aufsuchungs- und Gewinnkonzessionen für natürliche Ressourcen;eine Änderung der Form, in der Vermögenswerte angelegt werden, lässt ihre Eigenschaft als Kapitalanlage unberührt;
2. bezeichnet der Begriff „Erträge“ diejenigen Beträge, die auf eine Kapitalanlage für einen bestimmten Zeitraum anfallen, wie Gewinne, Dividenden, Zinsen, Lizenz- oder andere Entgelte;
3. bezeichnet der Begriff „Staatsangehörige“
 - a) in Bezug auf die Republik Mosambik:
Mosambikaner im Sinne der Verfassung und des Staatsangehörigkeitsgesetzes der Republik Mosambik;
 - b) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
Deutsche im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland;

Animados pelo desejo de intensificar as relações de cooperação económica entre os dois Estados;

Desejando criar condições favoráveis para a realização de investimentos por nacionais ou sociedades de qualquer dos dois Estados no território do outro Estado;

Reconhecendo que a promoção e a protecção recíproca desses investimentos, através de um acordo, poderão contribuir para estimular a iniciativa económica privada e incrementar o bem-estar de ambos os povos;

concordaram entre si, como Partes Contratantes, o seguinte:

Artigo 1

Para os efeitos do presente Acordo

1. O termo “investimentos” compreende toda a espécie de bens aportados e realizados por nacionais ou sociedades de qualquer das Partes Contratantes no território da outra Parte Contratante, nomeadamente:
 - a) a propriedade sobre bens móveis e imóveis, bem como outros direitos reais, tais como hipotecas e penhores;
 - b) as participações em sociedades, em especial, as quotas e acções;
 - c) os empréstimos e outras formas de aplicação de capitais ou direitos a prestações com valor económico;
 - d) os direitos de propriedade intelectual, tais como direitos de autor, patentes, modelos registados, marcas, maquetes e modelos industriais, denominações comerciais registadas, know-how e goodwill;
 - e) as concessões outorgadas, incluindo as concessões de pesquisa, exploração e extracção de recursos naturais.A alteração da forma através da qual os bens tiverem sido investidos não afectará a sua qualidade de investimento.
2. O termo „rendimentos“ designa as quantias geradas por um investimento num determinado período, tais como lucros, dividendos, juros, royalties ou outras formas de remuneração.
3. O termo „nacionais“ designa:
 - a) no que respeita à República Federal da Alemanha, qualquer cidadão alemão, tal como se encontra definido na Lei Fundamental da República Federal da Alemanha;
 - b) no que respeita à República de Moçambique, qualquer cidadão moçambicano, nos termos da Constituição e da Lei da Nacionalidade vigentes na República de Moçambique.

4. bezeichnet der Begriff „Gesellschaften“
- a) in Bezug auf die Republik Mosambik:
- jede Kollektivpersönlichkeit mit Rechtspersönlichkeit einschließlich der bürgerlich-rechtlichen Handelsgesellschaften, die ihren Sitz im mosambikanischen Hoheitsgebiet haben, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht;
- b) in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland:
- jede juristische Person sowie Handelsgesellschaft oder sonstige Gesellschaft oder Vereinigung mit oder ohne Rechtspersönlichkeit, die ihren Sitz im Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland hat, gleichviel, ob ihre Tätigkeit auf Gewinn gerichtet ist oder nicht.

Artikel 2

(1) Jede Vertragspartei wird in ihrem Hoheitsgebiet Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nach Möglichkeit fördern und diese Kapitalanlagen in Übereinstimmung mit ihren Rechtsvorschriften zulassen. In jedem Fall wird eine gerechte und billige Behandlung dieser Kapitalanlagen sichergestellt und gewährt.

(2) Kapitalanlagen, die in Übereinstimmung mit den im Hoheitsgebiet der jeweiligen Vertragspartei geltenden Rechtsvorschriften genehmigt und von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei vorgenommen worden sind, genießen den vollen Schutz und die Sicherheit dieses Vertrags.

(3) Eine Vertragspartei wird die Verwaltung, die Verwendung, den Gebrauch oder die Nutzung der Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet in keiner Weise durch willkürliche oder diskriminierende Maßnahmen beeinträchtigen.

Artikel 3

(1) Jede Vertragspartei behandelt Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet, die im Eigentum oder unter dem Einfluss von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei stehen, nicht weniger günstig als Kapitalanlagen der eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften dritter Staaten.

(2) Jede Vertragspartei behandelt Staatsangehörige oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei hinsichtlich ihrer Betätigung im Zusammenhang mit Kapitalanlagen in ihrem Hoheitsgebiet nicht weniger günstig als ihre eigenen Staatsangehörigen und Gesellschaften oder Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

(3) Diese Behandlung bezieht sich nicht auf Vorrechte, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten wegen ihrer Mitgliedschaft in einer Zoll- oder Wirtschaftsunion, einem gemeinsamen Markt oder einer Freihandelszone oder wegen ihrer Assoziation damit einräumt.

(4) Die in diesem Artikel vorgesehene Behandlung bezieht sich nicht auf Vergünstigungen, die eine Vertragspartei den Staatsangehörigen oder Gesellschaften dritter Staaten aufgrund eines Doppelbesteuerungsabkommens oder sonstiger Vereinbarungen über Steuerfragen gewährt.

Artikel 4

(1) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei genießen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei vollen Schutz und volle Sicherheit.

(2) Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei dürfen im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei nur zum allgemeinen Wohl und gegen Entschädigung enteignet, verstaatlicht oder anderen Maßnahmen unterworfen werden, die in ihren Auswirkungen einer Enteignung oder Ver-

4. O termo „sociedades” designa:

- a) em relação à República Federal da Alemanha, toda a pessoa jurídica, bem como toda a sociedade comercial ou outra sociedade ou associação, com ou sem personalidade jurídica, que tenha sede no território da República Federal da Alemanha, independentemente do facto de a sua actividade ter ou não fins lucrativos;
- b) em relação à República de Moçambique, toda a pessoa colectiva, com personalidade jurídica, incluindo sociedades civis sob a forma comercial, desde que tenham sede em território moçambicano, independentemente do facto de a sua actividade ter ou não fins lucrativos.

Artigo 2

1. Ambas as Partes Contratantes, na medida do possível, promoverão e permitirão a realização de investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante no seu território, de acordo com as respectivas disposições legais vigentes. Em todos os casos será assegurado e concedido a esses investimentos um tratamento justo e equitativo.

2. Os investimentos autorizados em conformidade com as respectivas disposições legais vigentes no território de qualquer das Partes Contratantes e realizados por nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante gozarão de plena protecção e segurança nos termos do presente Acordo.

3. Nenhuma das Partes Contratantes dificultará de forma alguma a administração, utilização e uso ou aproveitamento dos investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante, no seu território, através de medidas arbitrárias ou discriminatórias.

Artigo 3

1. Nenhuma das Partes Contratantes dará aos investimentos, realizados no seu território e que sejam propriedade ou que estejam sob a influência de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante, um tratamento menos favorável do que o concedido aos investimentos dos seus próprios nacionais e sociedades ou aos investimentos de nacionais e sociedades de terceiros Estados.

2. Nenhuma das Partes Contratantes dará aos nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante, no que diz respeito às actividades relacionadas com investimentos realizados no seu território, um tratamento menos favorável do que o que conceder aos seus próprios nacionais e sociedades ou a nacionais e sociedades de terceiros Estados.

3. Este tratamento não se reportará a privilégios que qualquer das Partes Contratantes conceder a nacionais ou sociedades de terceiros Estados em virtude de eles serem membros de alguma união aduaneira ou económica, mercado comum ou zona de comércio livre ou ainda em virtude de a eles estarem associados.

4. O tratamento previsto neste artigo não abrangerá os benefícios que qualquer das Partes Contratantes conceder a nacionais ou sociedades de terceiros Estados em consequência de um eventual acordo para evitar a dupla tributação ou outros acordos sobre matérias fiscais.

Artigo 4

1. Os investimentos realizados por nacionais ou sociedades de qualquer das Partes Contratantes gozarão, no território da outra Parte Contratante, de plena protecção e de plena segurança.

2. Os investimentos realizados por nacionais ou sociedades de qualquer das Partes Contratantes no território da outra Parte Contratante não poderão ser expropriados, nacionalizados ou sujeitos a outras medidas com efeitos equivalentes à expropriação ou nacionalização, excepto com base em motivos de uti-

staatlichung gleichkommen. Die Entschädigung muss dem Wert der enteigneten Kapitalanlage unmittelbar vor dem Zeitpunkt entsprechen, in dem die tatsächliche oder drohende Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbare Maßnahme öffentlich bekannt wurde. Die Entschädigung muss unverzüglich geleistet werden und ist bis zum Zeitpunkt der Zahlung mit dem üblichen bankmäßigen Zinssatz zu verzinsen; sie muss tatsächlich verwertbar und frei transferierbar sein. Spätestens im Zeitpunkt der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme muss in geeigneter Weise für die Festsetzung und Leistung der Entschädigung Vorsorge getroffen sein. Die Rechtmäßigkeit der Enteignung, Verstaatlichung oder vergleichbaren Maßnahme und die Höhe der Entschädigung müssen in einem ordentlichen Rechtsverfahren nachgeprüft werden können.

(3) Staatsangehörige oder Gesellschaften einer Vertragspartei, die durch Krieg oder sonstige bewaffnete Auseinandersetzungen, Revolution, Staatsnotstand oder Aufruhr im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Verluste an Kapitalanlagen erleiden, werden von dieser Vertragspartei hinsichtlich der Rückerstattungen, Abfindungen, Entschädigungen oder sonstigen Gegenleistungen nicht weniger günstig behandelt als ihre eigenen Staatsangehörigen oder Gesellschaften. Solche Zahlungen müssen frei transferierbar sein.

(4) Hinsichtlich der in diesem Artikel geregelten Angelegenheiten genießen die Staatsangehörigen oder Gesellschaften einer Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei eine nicht weniger günstige Behandlung als Staatsangehörige und Gesellschaften dritter Staaten.

Artikel 5

Jede Vertragspartei gewährleistet den Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei den freien Transfer der im Zusammenhang mit einer zugelassenen Kapitalanlage stehenden Zahlungen, insbesondere

- a) des Kapitals und zusätzlicher Beträge zur Aufrechterhaltung oder Ausweitung der Kapitalanlage;
- b) der Erträge im Sinne von Artikel 1 Absatz 2;
- c) zur Rückzahlung von Darlehen;
- d) des Erlöses aus der vollständigen oder teilweisen Liquidation oder Veräußerung der Kapitalanlage;
- e) der in Artikel 4 vorgesehenen Entschädigungen.

Artikel 6

Leistet eine Vertragspartei ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften Zahlungen aufgrund einer Gewährleistung für eine Kapitalanlage im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, so erkennt diese andere Vertragspartei, unbeschadet der Rechte der erstgenannten Vertragspartei aus Artikel 10, die Übertragung aller Rechte dieser Staatsangehörigen oder Gesellschaften kraft Gesetzes oder aufgrund Rechtsgeschäfts auf die erstgenannte Vertragspartei an, welche diese in demselben Umfang wie ihr Rechtsvorgänger auszuüben berechtigt ist. Für den Transfer von Zahlungen aufgrund der übertragenen Ansprüche gelten Artikel 4 Absätze 2 und 3 und Artikel 5 entsprechend.

Artikel 7

(1) Transferierungen nach Artikel 4 Absätze 2 oder 3, Artikel 5 oder Artikel 6 erfolgen unverzüglich zu dem am Tag des Transfers jeweils gültigen Kurs.

(2) Dieser Kurs muss dem Kurs entsprechen, den der Internationale Währungsfonds zum Zeitpunkt der Zahlung Umrechnungen der betreffenden Währungen in Sonderziehungsrechte zugrunde legen würde.

lidade pública e mediante indemnização. A indemnização deverá corresponder ao valor que o investimento expropriado tinha na véspera da data de conhecimento público da expropriação, nacionalização ou tomada de qualquer outra medida com efeitos equivalentes, consumada ou eminente. A indemnização deverá ser paga sem demora e vencerá juros à taxa bancária usual até à data da sua liquidação. A indemnização deverá ser efectivamente realizável e livremente transferível, devendo ser tomadas as providências adequadas quanto à fixação do valor da indemnização e do seu pagamento, o mais tardar no momento da expropriação, nacionalização ou da tomada de qualquer outra medida com efeitos equivalentes. A legalidade da expropriação, nacionalização ou tomada de qualquer outra medida com efeitos equivalentes, bem como do montante da indemnização, deverão ser comprováveis em processo judicial normal.

3. Os nacionais ou sociedades de qualquer das Partes Contratantes que vierem a sofrer perdas nos seus investimentos, no território da outra Parte Contratante, em virtude de guerra ou outros conflitos armados, revolução, estado de emergência nacional ou sublevação, não receberão dessa Parte Contratante um tratamento menos favorável, em matéria de restituições, compensações, indemnizações ou demais retribuições, do que o que ela conceder aos seus próprios nacionais ou sociedades. Tais pagamentos deverão ser livremente transferíveis.

4. Em relação às matérias reguladas no presente artigo, os nacionais ou sociedades de qualquer das Partes Contratantes não gozarão, no território da outra Parte Contratante, de um tratamento menos favorável que o concedido a nacionais e sociedades de terceiros Estados.

Artigo 5

Ambas as Partes Contratantes garantirão aos nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante a livre transferência de importâncias relacionadas com os respectivos investimentos autorizados, nomeadamente:

- a) do capital e das importâncias adicionais aplicadas para a sua manutenção ou ampliação;
- b) dos rendimentos tais como definidos no número 2 do artigo 1;
- c) dos reembolsos de empréstimos;
- d) do produto resultante da liquidação ou alienação, total ou parcial, do investimento;
- e) das indemnizações previstas nos termos do artigo 4.

Artigo 6

Se alguma das Partes Contratantes efectuar pagamentos a algum seu nacional ou sociedade em virtude de alguma garantia concedida a algum investimento realizado no território da outra Parte Contratante, este, sem prejuízo dos direitos resultantes do artigo 10 para a primeira Parte Contratante, reconhecerá a sub-rogação de todos os direitos do nacional ou sociedade em causa para a primeira Parte Contratante, seja por efeito legal, seja com base em algum acto jurídico, podendo essa primeira Parte Contratante exercê-los na mesma medida em que o fariam o nacional ou sociedade sub-rogante. À transferência de importâncias referentes a pagamentos a realizar em virtude de sub-rogação aplicar-se-ão, analogamente, as disposições dos números 2 e 3 do artigo 4, bem como as do artigo 5.

Artigo 7

1. As transferências que ocorrerem nos termos dos números 2 ou 3 do artigo 4, bem como dos artigos 5 ou 6, realizar-se-ão sem demora à taxa de câmbio em vigor na data da sua efectivação.

2. Esta taxa terá de estar em conformidade com a taxa de câmbio que, na data do pagamento, o Fundo Monetário Internacional tomaria por base para a conversão das respectivas moedas em direitos especiais de saque.

Artikel 8

(1) Ergibt sich aus den Rechtsvorschriften einer Vertragspartei oder aus völkerrechtlichen Verpflichtungen, die neben diesem Vertrag zwischen den Vertragsparteien bestehen oder in Zukunft begründet werden, eine allgemeine oder besondere Regelung, durch die den Kapitalanlagen der Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei eine günstigere Behandlung als nach diesem Vertrag zu gewähren ist, so geht diese Regelung dem vorliegenden Vertrag insoweit vor, als sie günstiger ist.

(2) Jede Vertragspartei wird jede andere Verpflichtung einhalten, die sie in Bezug auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei in ihrem Hoheitsgebiet übernommen hat.

Artikel 9

Dieser Vertrag findet auch Anwendung auf Kapitalanlagen von Staatsangehörigen und Gesellschaften der einen Vertragspartei im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei, die vor Inkrafttreten dieses Vertrags vorgenommen wurden. Der Vertrag gilt jedoch in keinem Fall für Meinungsverschiedenheiten und Streitfälle, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind.

Artikel 10

(1) Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Vertrags sollen, soweit möglich, durch die Regierungen der beiden Vertragsparteien in Verhandlungen gütlich beigelegt werden.

(2) Kann eine Meinungsverschiedenheit auf diese Weise nicht beigelegt werden, so ist sie auf Verlangen einer der beiden Vertragsparteien einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jede Vertragspartei ein Mitglied bestellt. Beide Mitglieder einigen sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann, der für die Ausübung seiner Funktion von den Regierungen der beiden Vertragsparteien zu bestellen ist. Die Mitglieder sind innerhalb von zwei Monaten, der Obmann innerhalb von drei Monaten zu bestellen, nachdem die eine Vertragspartei der anderen mitgeteilt hat, dass sie die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Vertragspartei den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Besitzt der Präsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Besitzt auch der Vizepräsident die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien oder ist auch er aus einem anderen Grund verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofs, das nicht die Staatsangehörigkeit einer der beiden Vertragsparteien besitzt oder aus einem anderen Grund verhindert ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Seine Entscheidungen sind für beide Parteien bindend. Jede Vertragspartei trägt die Kosten ihres Mitglieds sowie ihrer Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht; die Kosten des Obmanns sowie die sonstigen Kosten werden von den beiden Vertragsparteien zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im Übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 11

(1) Meinungsverschiedenheiten in Bezug auf Kapitalanlagen zwischen einer der Vertragsparteien und einem Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei sollen, soweit möglich, zwischen den Streitparteien gütlich beigelegt werden.

Artigo 8

1. Se das disposições legais de qualquer das Partes Contratantes ou das obrigações decorrentes do Direito Internacional em vigor ou que vierem a vigorar futuramente entre as Partes Contratantes, a par do presente Acordo, resultar alguma regulamentação geral ou especial que conceda aos investimentos de nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante um tratamento mais favorável do que o previsto no presente Acordo, tal regulamento prevalecerá sobre este Acordo na medida em que tal tratamento for mais favorável.

2. Ambas as Partes Contratantes observarão qualquer outro compromisso que tiverem assumido com relação a investimentos realizados por nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante nos seus respectivos territórios.

Artigo 9

O presente Acordo aplicar-se-á também a investimentos que tenham sido realizados por nacionais e sociedades de qualquer das Partes Contratantes no território da outra Parte Contratante antes da entrada em vigor do mesmo. O Acordo, porém, não será válido de forma alguma em casos de divergências e litígios surgidos antes da sua entrada em vigor.

Artigo 10

1. As divergências que surgirem entre as Partes Contratantes sobre a interpretação ou aplicação do presente Acordo serão resolvidas, na medida do possível, pelos Governos das duas Partes Contratantes de forma amigável e por via negocial.

2. Se alguma divergência não puder ser resolvida pela forma referida no número anterior, será submetida a um tribunal arbitral a pedido de qualquer das Partes Contratantes.

3. O tribunal será constituído „ad hoc“, nomeando cada uma das Partes Contratantes um membro. De comum acordo, ambos os membros designarão um nacional de um terceiro Estado como presidente, o qual será nomeado para o exercício de tal função pelos Governos das duas Partes Contratantes. Os membros do tribunal arbitral deverão ser nomeados no prazo de dois meses e o presidente dentro de três meses a contar da data em que alguma das Partes Contratantes tiver comunicado à outra Parte Contratante a decisão de submeter a divergência a um tribunal arbitral.

4. Se os prazos fixados no número 3 não forem observados, cada uma das Partes Contratantes poderá, na falta de qualquer outro acordo, solicitar ao Presidente do Tribunal Internacional de Justiça para proceder às necessárias nomeações. Caso o Presidente tenha a nacionalidade de qualquer das Partes Contratantes ou esteja impedido por qualquer outro motivo de o fazer, caberá ao Vice-Presidente proceder às nomeações. Se o Vice-Presidente também possuir a nacionalidade de uma das Partes Contratantes ou se estiver também impedido por qualquer outro motivo de o fazer, caberá ao membro de Tribunal hierarquicamente seguinte, que não possua a nacionalidade de qualquer das Partes Contratantes ou não esteja impedido por qualquer outro motivo de o fazer, proceder a tais nomeações.

5. O tribunal arbitral decidirá por maioria de votos, sendo as suas decisões vinculativas para ambas as partes. A cada uma das Partes Contratantes caberá suportar as despesas do seu árbitro, bem como da sua representação no processo perante o tribunal; ambas as Partes Contratantes arcarão em partes iguais com as despesas do presidente, bem como as demais despesas incorridas. O tribunal arbitral poderá adoptar disposições diferentes quanto às despesas. De resto, o tribunal arbitral definirá as suas próprias regras processuais.

Artigo 11

1. As divergências que surgirem entre qualquer das Partes Contratantes e o nacional ou sociedade da outra Parte Contratante com relação a investimentos deverão, na medida do possível, ser resolvidos amigavelmente entre as partes litigantes.

(2) Kann die Meinungsverschiedenheit innerhalb einer Frist von sechs Monaten ab dem Zeitpunkt ihrer Geltendmachung durch eine der beiden Streitparteien nicht beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen des Staatsangehörigen oder der Gesellschaft der anderen Vertragspartei einem Schiedsverfahren unterworfen. Sofern die Streitparteien keine abweichende Vereinbarung treffen, wird die Meinungsverschiedenheit einem Schiedsverfahren im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen Staaten und Angehörigen anderer Staaten unterworfen.

(3) Der Schiedsspruch ist bindend und unterliegt keinen anderen als den in dem genannten Übereinkommen vorgesehenen Rechtsmitteln oder sonstigen Rechtsbehelfen. Er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

(4) Die an der Streitigkeit beteiligte Vertragspartei wird während eines Schiedsverfahrens oder der Vollstreckung eines Schiedsspruchs nicht als Einwand geltend machen, dass der Staatsangehörige oder die Gesellschaft der anderen Vertragspartei eine Entschädigung für einen Teil des Schadens oder den Gesamtschaden aus einer Versicherung erhalten hat.

Artikel 12

Dieser Vertrag gilt unabhängig davon, ob zwischen den beiden Vertragsparteien diplomatische oder konsularische Beziehungen bestehen.

Artikel 13

Das beigefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Vertrags.

Artikel 14

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Er bleibt fünfzehn Jahre lang in Kraft; nach deren Ablauf verlängert sich die Geltungsdauer auf unbegrenzte Zeit, sofern nicht eine der beiden Vertragsparteien den Vertrag mit einer Frist von mindestens zwölf Monaten vor Ablauf auf diplomatischem Wege schriftlich kündigt. Nach Ablauf von fünfzehn Jahren kann der Vertrag jederzeit mit einer Frist von mindestens zwölf Monaten gekündigt werden.

(3) Für Kapitalanlagen, die bis zum Zeitpunkt des Außerkrafttretens dieses Vertrags vorgenommen worden sind, gelten die Artikel 1 bis 13 noch für weitere fünfzehn Jahre vom Tag des Außerkrafttretens des Vertrags an.

Geschehen zu Maputo am 6. März 2002 in zwei Urschriften, jede in deutscher und portugiesischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

2. Se alguma divergência não puder ser resolvida dentro do prazo de seis meses, contados a partir da data em que uma das partes em litígio tiver dado a conhecer a existência da mesma à outra parte, ela será submetida, a pedido do nacional ou da sociedade da outra Parte Contratante, a um processo arbitral. A menos que as partes em litígio acordem diversamente, a divergência será submetida a um processo arbitral nos termos da Convenção para a resolução de diferendos relativos a investimentos entre Estados e nacionais de outros Estados, de 18 de Março de 1965.

3. A sentença arbitral será vinculativa e não poderá ser objecto de outros recursos e demais acções legais do que os previstos na Convenção referida. Ela será executada em conformidade com o direito nacional.

4. A Parte Contratante implicada no litígio, durante o processo arbitral ou durante a execução da sentença arbitral, não evocará o facto de o nacional ou a sociedade da outra Parte Contratante ter já recebido de alguma seguradora uma indemnização por uma parte do dano ou pela sua totalidade.

Artigo 12

O presente Acordo vigorará independentemente da existência ou não de relações diplomáticas ou consulares entre as Partes Contratantes.

Artigo 13

O Protocolo em anexo constitui parte integrante do presente Acordo.

Artigo 14

1. O presente Acordo carece de ratificação, devendo os instrumentos de ratificação ser trocados o mais brevemente possível.

2. O presente Acordo entrará em vigor um mês após a troca dos instrumentos de ratificação e permanecerá em vigor por quinze anos; após a expiração desse prazo considerar-se-á prorrogado por tempo indefinido, a menos que qualquer das Partes Contratantes o denuncie, por escrito, por via diplomática, com uma antecedência de pelo menos doze meses. Expirado o prazo de quinze anos, o Acordo poderá ser denunciado em qualquer momento mediante um aviso prévio de pelo menos doze meses de antecedência.

3. Para os investimentos realizados até ao momento da expiração do presente Acordo, permanecerão em vigor, por mais um período de quinze anos contados a partir da data da expiração do Acordo, as disposições dos artigos 1 a 13 do presente Acordo.

Celebrado em Maputo, aos 6 dias do mês de Março de 2002 em dois originais, cada um nas línguas alemã e portuguesa, fazendo ambos os textos igualmente fé.

Für die Bundesrepublik Deutschland
Pela República Federal da Alemanha
Zirpel

Für die Republik Mosambik
Pela República de Moçambique
Luisa Dias Diogo

Protokoll

Protocolo

Bei der Unterzeichnung des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mosambik über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen haben die unterzeichneten Bevollmächtigten der beiden Vertragsparteien außerdem folgende Bestimmungen vereinbart, die als Bestandteil des Vertrags gelten:

(1) Zu Artikel 1

- a) Das Eigentum und die Rechte an gewerblichen Modellen, Mustern und Betriebsgeheimnissen sowie an technischen Verfahren genießen den gleichen Schutz und die gleiche Sicherheit dieses Vertrags.
- b) Erträge aus der Kapitalanlage und im Fall ihrer Wiederanlage auch deren Erträge genießen den gleichen Schutz wie die Kapitalanlage.

(2) Zu Artikel 2

Der Vertrag gilt auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

(3) Zu Artikel 3

- a) Als „Betätigung“ im Sinne des Artikels 3 Absatz 2 ist insbesondere, aber nicht ausschließlich, die Verwaltung, die Verwendung, der Gebrauch und die Nutzung einer Kapitalanlage anzusehen. Als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3 sind insbesondere anzusehen: Einschränkungen des Bezugs von Roh- und Hilfsstoffen, Energie und Brennstoffen sowie Produktions- und Betriebsmitteln aller Art, Behinderung des Absatzes von Erzeugnissen im In- und Ausland sowie sonstige Maßnahmen mit ähnlicher Auswirkung. Maßnahmen, die aus Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, der Volksgesundheit oder Sittlichkeit zu treffen sind, gelten nicht als „weniger günstige“ Behandlung im Sinne des Artikels 3.
- b) Besondere Anreize, die die Regierung der Republik Mosambik ihren Staatsangehörigen oder Gesellschaften mit dem Ziel gewährt, die Gründung und Entwicklung von kleinen und mittelständischen mosambikanischen Unternehmen zu fördern, gelten nicht als Verstoß gegen die in Artikel 3 dieses Vertrags niedergelegte Inländerbehandlung, sofern sie die wirtschaftliche Substanz der Kapitalanlagen oder der Tätigkeiten im Zusammenhang mit Kapitalanlagen von Staatsangehörigen oder Gesellschaften der anderen Vertragspartei nicht beeinträchtigen.
- c) Die Bestimmungen des Artikels 3 verpflichten eine Vertragspartei nicht, steuerliche Vergünstigungen, Befreiungen und Ermäßigungen, die gemäß den Steuergesetzen nur den in ihrem Hoheitsgebiet ansässigen natürlichen Personen und Gesellschaften gewährt werden, auf im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei ansässige natürliche Personen und Gesellschaften auszudehnen.
- d) Die Vertragsparteien werden im Rahmen ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften Anträge auf die Einreise und den Aufenthalt von Personen der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet

Por ocasião da assinatura do Acordo de Promoção e Protecção Recíproca de Investimentos entre a República Federal da Alemanha e a República de Moçambique e os signatários plenipotenciários das duas Partes Contratantes acordaram, completamente, as seguintes disposições, que constituem parte integrante do referido Acordo:

1. Com referência ao Artigo 1:

- a) a propriedade e os direitos inerentes sobre modelos, maquetes e segredos industriais, bem como processos técnicos, gozarão da mesma protecção e da mesma segurança previstas no Acordo;
- b) os rendimentos do investimento e, no caso do seu reinvestimento, também os rendimentos deste, gozarão da mesma protecção que o próprio investimento.

2. Com referência ao Artigo 2:

O presente Acordo aplicar-se-á também nas áreas da zona económica exclusiva e da plataforma continental, desde que o Direito Internacional permita à Parte Contratante em causa o exercício dos direitos de soberania ou jurisdição nessas áreas.

3. Com referência ao Artigo 3:

- a) Serão considerados em especial, mas não exclusivamente, „actividades“, nos termos do número 2 do artigo 3, a administração, a utilização, o uso e o aproveitamento de algum investimento. Como tratamento „menos favorável“ serão considerados, especialmente e nos termos do artigo 3, as limitações à aquisição de matérias primas e auxiliares, energia e combustíveis, bem como dos meios de produção e exploração de todo o tipo, o impedimento de venda de produtos dentro do país e no estrangeiro, assim como outras medidas com efeitos semelhantes. Não serão consideradas tratamento „menos favorável“, nos termos do artigo 3, as medidas tomadas por razões de segurança e ordem públicas, bem como de saúde pública ou de ordem moral.
- b) Os incentivos especiais que o Governo da República de Moçambique conceder aos seus nacionais ou sociedades com o objectivo de encorajar a formação e o desenvolvimento de pequenas e médias empresas moçambicanas não serão considerados como sendo infracção contra o tratamento nacional, estipulado no artigo 3 deste Acordo, contanto que tal procedimento não prejudique a substância económica dos investimentos ou das actividades relacionadas com os investimentos dos nacionais ou sociedades da outra Parte Contratante.
- c) As disposições do artigo 3 não obrigam nenhuma das Partes Contratantes a alargar as vantagens, isenções e reduções fiscais, que, segundo a respectiva legislação fiscal, sejam somente concedidas a pessoas físicas e sociedades residentes no seu território a pessoas físicas e sociedades residentes no território da outra Parte Contratante.
- d) No âmbito das suas disposições legais internas, as Partes Contratantes examinarão favoravelmente os requerimentos de entrada e permanência de pessoas de uma das Partes Contratantes que desejaram entrar no território da outra

der anderen Vertragspartei einreisen wollen, wohlwollend prüfen; das Gleiche gilt für Arbeitnehmer der einen Vertragspartei, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage in das Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei einreisen und sich dort aufhalten wollen, um eine Tätigkeit als Arbeitnehmer auszuüben. Auch Anträge auf Erteilung der Arbeitserlaubnis werden wohlwollend geprüft.

(4) Zu Artikel 4

Ein Anspruch auf Entschädigung besteht auch dann, wenn durch staatliche Maßnahmen in das Unternehmen, das Gegenstand der Kapitalanlage eines Staatsangehörigen oder einer Gesellschaft der anderen Vertragspartei ist, eingegriffen und dadurch seine wirtschaftliche Substanz erheblich beeinträchtigt wird.

(5) Zu Artikel 7

Als „unverzüglich“ durchgeführt im Sinne des Artikels 7 Absatz 1 gilt ein Transfer, der innerhalb einer Frist erfolgt, die normalerweise zur Beachtung der Transferförmlichkeiten erforderlich ist. Die Frist beginnt mit der Einreichung eines entsprechenden Antrags und darf unter keinen Umständen zwei Monate überschreiten.

(6) Bei Beförderungen von Gütern und Personen, die im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage stehen, wird eine Vertragspartei die Transportunternehmen der anderen Vertragspartei weder ausschalten noch behindern und, soweit erforderlich, Genehmigungen zur Durchführung der Transporte erteilen.

Parte Contratante em conexão com algum investimento; o mesmo valerá para os trabalhadores de alguma das Partes Contratantes, que desejarem entrar e permanecer no território da outra Parte Contratante em conexão com algum investimento e para exercer alguma actividade remunerada. Os requerimentos de autorização de trabalho serão igualmente examinados favoravelmente.

4. Com referência ao artigo 4:

O direito à indemnização também prevalecerá se houver uma intervenção do Estado na empresa em que tiver sido realizado algum investimento de um nacional ou sociedade da outra Parte Contratante que comprometer consideravelmente a substância económica da mesma.

5. Com referência ao artigo 7:

Considerar-se-á que uma transferência foi realizada „sem demora“, nos termos do número 1 do artigo 7, quando se efectuar dentro do prazo normalmente necessário para o cumprimento das respectivas formalidades. O prazo será contado a partir do dia em que o requerimento tiver sido apresentado, não podendo em caso algum exceder o prazo de dois meses.

6. Com referência ao transporte de bens e pessoas em conexão com algum investimento, nenhuma das Partes Contratantes excluirá ou dificultará a utilização de empresas de transporte da outra Parte Contratante, concedendo, quando necessárias, as autorizações para a realização das respectivas operações de transporte.

Denkschrift zum Vertrag

I. Allgemeines

Die Bundesrepublik Deutschland unterstützt den wirtschaftlichen Aufbau der Entwicklungsländer durch eine Reihe von Maßnahmen. Eine wichtige Rolle spielt dabei die Förderung privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern. Private Kapitalanlagen sind in besonderem Maße geeignet, die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder zu fördern und ihre außenwirtschaftlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland zu verstärken. Investitionen der privaten Wirtschaft vermitteln neben Risikokapital vor allem auch technisches Wissen und unternehmerische Erfahrung.

Ein Mittel zur Förderung von Direktinvestitionen ist der Abschluss von Investitionsförderungsverträgen. Sie dienen der Förderung und dem Schutz privater Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, indem sie bestimmte Rahmenbedingungen in völkerrechtlich verbindlicher Form festlegen.

Die Verträge sind ferner eine wichtige Voraussetzung für die Übernahme von Bundesgarantien gegen politische Risiken. Nach den Bestimmungen des Haushaltsgesetzes kann der Bund derartige Garantien grundsätzlich nur dann übernehmen, wenn mit dem betreffenden Land ein Investitionsförderungs- und -schutzvertrag besteht.

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Mosambik entspricht im Wesentlichen dem deutschen Mustervertrag, der auch Grundlage zahlreicher entsprechender Verträge mit anderen Entwicklungsländern in Afrika ist.

II. Besonderes

Der Vertrag besteht aus 14 Artikeln; ihm ist ein Protokoll beigefügt.

Zu Artikel 1

Die Bestimmung enthält die Definition der Begriffe „Kapitalanlagen“, „Erträge“, „Staatsangehörige“ und „Gesellschaften“. In Protokollnummer 1 Buchstabe a und b wird klargestellt, dass Eigentum und Rechte an gewerblichen Modellen, Mustern, Betriebsgeheimnissen und technischen Verfahren sowie auch Erträge aus der Kapitalanlage den vollen Vertragsschutz genießen.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung enthält die allgemeine Förderungs- und Zulassungsklausel sowie das Prinzip einer gerechten und billigen Behandlung. Die nach den Rechtsvorschriften des jeweiligen Landes vorgenommenen Kapitalanlagen genießen den vollen Schutz des Vertrags. Jede Seite sichert ferner zu, Kapitalanlagen von Investoren der anderen Seite nicht zu diskriminieren.

Nach Protokollnummer 2 gilt der Vertrag auch in den Gebieten der ausschließlichen Wirtschaftszone und des Festlandsockels, soweit das Völkerrecht der jeweiligen Vertragspartei die Ausübung von souveränen Rechten oder Hoheitsbefugnissen in diesen Gebieten erlaubt.

Zu Artikel 3

Hier ist der Grundsatz der Inländerbehandlung und der Meistbegünstigung niedergelegt. Danach dürfen vorgenommene Kapitalanlagen nicht weniger günstig behandelt werden als eigene Kapitalanlagen oder solche dritter Staaten. In Protokollnummer 3 Buchstabe a werden einige Beispiele einer unzulässigen Schlechterbehandlung aufgeführt.

In Protokollnummer 3 Buchstabe b wird festgehalten, dass Anreize, die Mosambik nur den eigenen Investoren zur Gründung und zum Aufbau von kleinen und mittelständischen Unternehmen gewährt, von der Inländerbehandlung ausgenommen sind, sofern Kapitalanlagen deutscher Investoren hierdurch nicht beeinträchtigt werden. Protokollnummer 3 Buchstabe c stellt klar, dass die Gewährung bestimmter steuerlicher Vergünstigungen nur an Gebietsansässige nicht im Widerspruch zum Gebot der Inländerbehandlung steht. Protokollnummer 3 Buchstabe d enthält eine Wohlwollensklausel zur Anwendung der innerstaatlichen Rechtsvorschriften hinsichtlich Einreise, Aufenthalt und Arbeitsgenehmigung im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung behandelt den Eigentumsschutz, die Entschädigungspflicht im Falle einer Enteignung und den ordentlichen Rechtsweg zur Überprüfung von Enteignungsmaßnahmen. Die Entschädigungspflicht erstreckt sich nicht nur auf unmittelbare Eingriffe in die Kapitalanlage als solche, sondern gemäß Protokollnummer 4 auch auf staatliche Eingriffe in das Unternehmen, an dem der Investor beteiligt ist, wenn dadurch die wirtschaftliche Substanz des Unternehmens erheblich beeinträchtigt wird. Bei Verlusten an Kapitalanlagen infolge von Krieg und ähnlichen Ereignissen wird Inländerbehandlung und Meistbegünstigung im Falle einer Entschädigung zugesichert.

Zu Artikel 5

Der Artikel enthält das Prinzip des freien Transfers von Kapital und Erträgen.

Zu Artikel 6

Die Bestimmung enthält den Grundsatz der Subrogation, wonach die Bundesrepublik Deutschland im Falle einer Entschädigungszahlung an den deutschen Investor aufgrund einer Bundesgarantie gegen politische Risiken die auf sie übergegangenen Rechte des Investors im eigenen Namen gegenüber dem Vertragspartner geltend machen kann.

Zu Artikel 7

Die Vorschrift enthält Bestimmungen über den beim Transfer anzuwendenden Wechselkurs. Protokollnummer 5 enthält Vorschriften über das Transferverfahren und die dabei zu beachtende Frist.

Zu Artikel 8

Günstigere Regelungen für den Investor, sei es nach dem Recht des Anlagelandes oder aufgrund von völkerrechtlichen Verpflichtungen, gehen dem Vertrag vor (Besserstellungsklausel). Zugleich sichern die Vertragsparteien zu, dass sie dem Investor gegenüber eingegangene Verpflichtungen einhalten werden.

Zu Artikel 9

Artikel 9 stellt klar, dass der Vertrag auch für Altinvestitionen gilt. Meinungsverschiedenheiten, die vor seinem Inkrafttreten entstanden sind, fallen jedoch nicht in den Geltungsbereich des Vertrags.

Zu Artikel 10

Die Bestimmung sieht ein Schiedsverfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung des Vertrags vor.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel sieht eine internationale Schiedsgerichtsbarkeit bei Meinungsverschiedenheiten zwischen einem Investor und dem jeweiligen Gaststaat vor. Können diese nicht binnen einer Frist von sechs Monaten gütlich beigelegt werden, hat der Investor das Recht, den Streit durch ein im Rahmen des Übereinkommens vom 18. März 1965 zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten zwischen

Staaten und Angehörigen anderer Staaten zu bildendes Schiedsgericht entscheiden zu lassen. Der Schiedsspruch ist bindend; er wird nach innerstaatlichem Recht vollstreckt.

Zu Artikel 12

Die Bestimmung enthält eine Fortgeltungsklausel, falls keine diplomatischen oder konsularischen Beziehungen bestehen sollten.

Zu Artikel 13

Artikel 13 stellt klar, dass das beigelegte Protokoll Bestandteil des Vertrags ist.

Zu Artikel 14

Der Vertrag steht unter dem Vorbehalt der Ratifikation. Ferner enthält der Artikel Vorschriften über die Geltungsdauer des Vertrags, seine Kündigung sowie den nachwirkenden Rechtsschutz nach erfolgter Kündigung.

Zum Protokoll

Das Protokoll enthält eine Reihe von Erläuterungen und Ausführungsbestimmungen. Abgesehen von den im Zusammenhang mit den jeweiligen Artikeln erwähnten Bestimmungen enthält das Protokoll in Nummer 6 ein Behinderungsverbot bei Beförderungen von Gütern und Personen im Zusammenhang mit einer Kapitalanlage.

